

## Anouk und Markus Reichardt

52511 Geilenkirchen

---

Stadt Geilenkirchen  
Frau Bürgermeisterin  
Daniela Ritzerfeld  
Markt 9  
52511 Geilenkirchen

Geilenkirchen, 05.03.2024

### **Anregungen und Beschwerden gemäß §24 GO**

Bewerbung um eine ZUE für geflüchtete Menschen - Beschlussvorlage 3005/2024 vom 06.02.2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Ritzerfeld,

wir sind seit 1971 und 1980 Bürger und seit 1995 Gewerbetreibende der Stadt Geilenkirchen und machen hiermit von unserem in § 24 (1) GO NRW und in § 8 (1) der Hauptsatzung der Stadt Geilenkirchen verbrieften Recht Gebrauch, Beschwerden zu dem o.g. Thema einzureichen. Hierzu möchten wir Anregungen machen und bitten um schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Aus unserer Sicht wurde bei dem gesamten Verfahren gegen § 23 (1) der GO NRW verstoßen, da die Einwohner nicht frühzeitig über Ihr Vorhaben, eine ZUE zu errichten, unterrichtet wurden. Für uns stellt sich die Frage, ob eine frühzeitige Information der Bürger seitens der Verwaltung schlichtweg versäumt wurde oder dies bewusst möglichst lange von den Bürgern ferngehalten wurde, da auch Sie schon prognostizieren konnten, dass Sie auf massive Gegenwehr stoßen würden?

„Das Land übernimmt alle Kosten und sorgt für die Versorgung und das nötige Personal!“ Wohl kaum wird das Land für „alle“ Kosten aufkommen können. Was ist mit den zusätzlichen Kosten, die den Gewerbetreibenden, Grundstückseigner und Anwohner entstehen, durch zusätzliche Sicherheit oder Wertverlust der Grundstücke. Vor dem Hintergrund, dass in jeglichen Bildungseinrichtungen Personal fehlt, stellt sich für uns die nächste Frage, woher nimmt die Landesregierung das nötige Fachpersonal? Das ist Augenwischerei! Auch Sie werden sich dem Land nicht widersetzen können, wenn Pädagogen, die bekanntlich Landespersonal sind, aus unseren Schulen abgezogen werden. Es ist doch dann nur eine Frage der Zeit, wann Landesbeamten, wie bspw. Lehrer in eine solche ZUE versetzt werden. Nicht außer Acht zu lassen ist, dass die Mittel des Landes die Bürger schließlich auch zahlen. Wer sorgt für die zusätzliche Sicherheit? Das Land? Wohl kaum!

Es gibt eine Vielzahl von Beispielen, dass das Konzept der ZUE mit vielen Sicherheitsrisiken behaftet ist. In Städten wie Aachen und Düsseldorf darf die Feuerwehr nur unter Polizeischutz zu den Einrichtungen im Bedarfsfall ausrücken. Wie soll das mit einer freiwilligen Feuerwehr der Stadt und nur wenigen Streifenwagen für den gesamten Kreis funktionieren? Stellt das Land auch weitere Ordnungshüter ein, die auch außerhalb des Geländes Tag und Nach für Recht und Ordnung sorgen?

„Die Stadt kann auf sonst notwendige Investitionen i.H.v. 2-4 Mio € verzichten.“ Geht das etwas präziser? Uns interessiert es sehr, wie diese Zahl zu Stande kommt, was die Grundlage dieser Berechnung ist? Investitionen stünden Sachanlagen entgegen, das findet in Ihrer Argumentation leider keine Berücksichtigung.

Betrachtet man die Lage und Größe des Grundstückes, muss man sich nicht mit der Thematik Wirtschaftsförderung auseinandersetzen, um schnell festzustellen, dass es sich bei diesem Grundstück um ein sehr lukratives Land der Stadt handelt. Intern spricht man von einem letzten „Sahnestückchen“ der Stadt. Wollen Sie wirklich Ihr „Ass“ verspielen? Zugleich entwerten Sie die Standortattraktivität namhafter Firmen im Gewerbegebiet. Hier muss man im Falle der Umsetzung mit Abwanderung fürchten. Die finanziellen Einbußen durch eventuell wegfallende Gewerbesteuererinnahmen könnte die Stadt nur schwer verkraften.

Wichtiger noch sind ethische und moralische Gesichtspunkte. Auf der einen Seite wollen wir Schutzsuchende integrieren sowohl in unserem Sozialsystem als auch Bildungssystem. Auf der anderen Seite würden wir schwer traumatisierte Menschen auf engem Raum in einen Container auf einen Acker setzen, fernab von der Stadt an einer vielbefahrenen Landstr. Das kann nicht gutgehen. Zentrale Einrichtungen sind regelmäßig ein Epizentrum für interne und externe Konflikte. Durch sie wird die bisherige Integrationsarbeit regelrecht konterkariert. Lassen Sie uns weiter auf Qualität statt Quantität setzen indem wir den noch fehlenden 40-50 Schutzsuchenden, bis unser Soll erfüllt ist, helfen sich bestmöglich zu integrieren. Da unterstützen wir sehr gerne! Sollten wir dazu gezwungen werden weitere Schutzsuchende aufzunehmen, müssen dezentrale Lösungen her. Ein überdimensioniertes Grundstück würde auch hier dem Land „in die Karten spielen.“ Wer garantiert Ihnen, dass das Land in einem weiteren Schritt die Einrichtung nicht weiter ausbaut?

Auch wenn der Anreiz für sie sehr hoch ist, die Stadt vor den bevorstehenden Kommunalwahlen aus der finanziellen Schieflage so wiegen, vergessen Sie dabei nicht, dass eine Zustimmung zur ZUE fatale Folgen auch politisch mit sich ziehen würden. In Zeiten von hoher Unzufriedenheit, Ungewissheit und Ängste, ausgelöst durch eine miserable Bundesregierung würde einen ungewollten Rechtsruck auch in Geilenkirchen deutlich zu spüren sein. Kippen Sie tendierenden Wählern linker oder rechter Populisten bitte nicht unnötig Wasser auf die Mühlen. Hätten wir eine starke Politik, müsste keiner gegen „Rechts“ demonstrieren, ich denke in dem Punkt stimmen Sie uns auch zu, oder? Dann lieber in der Haushaltssicherung, diese hatten wir bereits und große Einbußen hatte die Bevölkerung nicht, jedenfalls haben wir diese kaum gespürt.

Wir haben Hochachtung vor Ihrer Verantwortung,  
und wir sind uns sicher, dass Sie den Großteil der Bürger nicht enttäuschen werden!

Mit freundlichen Grüßen

Anouk und Markus Reichardt